

TTIP: Alles andere als ein Konjunkturprogramm	2
Mitbestimmung: Gesunde Vertretung	2
Verteilung: Besserverdiener bauen ihre Stellung aus	3
Arbeitsmarkt: Hartz-Reformen: Wirkung überschätzt	4
Rente: Mit 65 ist noch lange nicht Schluss	6
Öffentlicher Dienst: Der Vorsprung ist dahin	7
TrendTableau	8

KONJUNKTUR

Ohne Staatsgeld geht es nicht

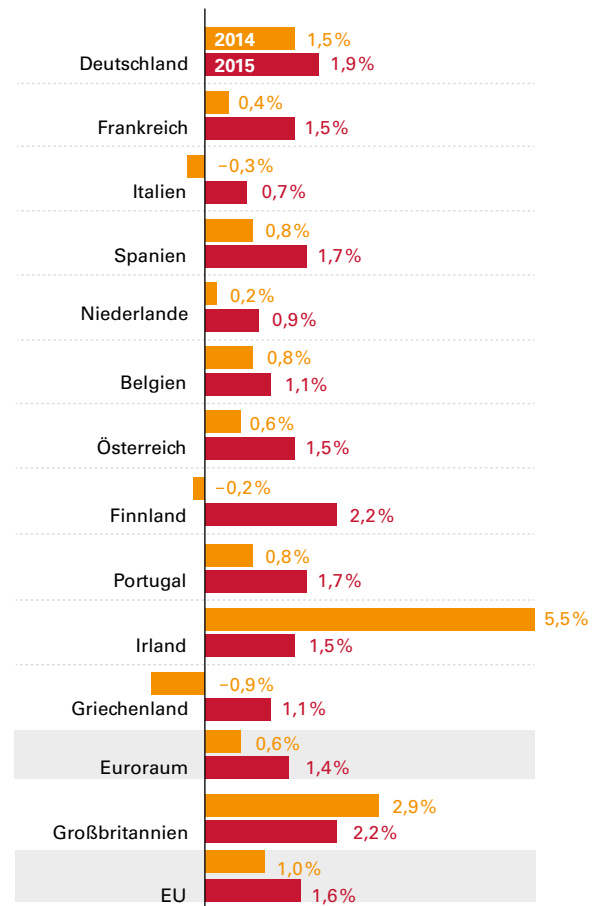
Der deutsche Staat muss dringend mehr investieren. Privates Kapital ist da keine Lösung.

Die deutsche Wirtschaft wird nicht so stark wachsen wie noch vor kurzem erwartet. Allzu schlecht sieht es aber auch nicht aus: Das IMK rechnet immer noch mit steigenden Einkommen, mehr Konsum und weniger Arbeitslosen. Laut der aktuellen Prognose wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,5 Prozent und 2015 um 1,9 Prozent wachsen.* Akute Rezessionsgefahr besteht nicht. Es gebe allerdings erhebliche Risiken: Zum einen könnten sich geopolitische Spannungen wie in der Ukraine oder im Nahen Osten verstärken und Investitionen und Handel beeinträchtigen. Zum anderen müsse die Stagnation im Euroraum endlich überwunden werden. Dafür sollten die Staaten **alle Spielräume der europäischen Fiskalregeln ausnutzen**, um die Nachfrage zu stärken. „Nur dann besteht auch für die Wirtschaft in Deutschland die Chance, in einen sich selbst verstärkenden Aufschwung zu gelangen, bei dem die Quantität und vor allem die Qualität der Beschäftigung deutlich zunehmen“, schreiben die Forscher.

Die Bundesregierung sollte sich nach Einschätzung des IMK in erster Linie um mehr Investitionen kümmern. So könnte sie die schlimmsten Mängel der deutschen Infrastruktur beseitigen und gleichzeitig einen – wenn auch geringen – Beitrag zur Gesundung der Euroländer leisten. Das Problem: Die Große Koalition will sowohl Steuererhöhungen als auch neue Kredite vermeiden. Stattdessen hat sie „privates Kapital“ zur Finanzierung öffentlicher Investitionen ins Spiel gebracht. Die IMK-Ökonomen sehen das skeptisch: Zwar ließen sich beispielsweise Autobahnen über eine Beteiligung der Nutzer finanzieren. Der größte Teil des öffentlichen Investitionsstaus betreffe allerdings die kommunale Ebene, wo solche Konzepte nicht greifen. Hier kämen allenfalls **öffentlich-private Partnerschaften** infrage: Private stellen die Investitionssumme, etwa für ein neues Schulgebäude, die öffentliche Hand verpflichtet sich im Gegenzug langfristig zu regelmäßigen Zahlungen. **Gewonnen wäre dadurch allerdings nichts.** Denn die Staatsschulden würden zwar offiziell nicht unbedingt steigen, allerdings wären die Zahlungsverpflichtungen bloß in die Zukunft verschoben. Zudem hätten Rechnungshöfe mehrfach festgestellt, dass private Anbieter nicht unbedingt kostengünstiger arbeiten. Sinnvoller wäre es daher laut IMK, die geplanten Entlastungen für die Kommunen vorzuziehen, damit diese wieder Spielraum für Investitionen bekommen.

Wenig Wachstum im Euroraum

So entwickelt sich laut IMK das reale Bruttoinlandsprodukt in ...



Quelle: IMK 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Darüber hinaus empfehlen die Wissenschaftler eine Kombination aus einer verstärkten Nutzerfinanzierung, Krediten und höheren Steuern. ◀

* Quelle: IMK-Arbeitskreis Konjunktur: Der gefährdete Aufschwung – Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2014/2015, IMK Report 98, Oktober 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Alles andere als ein Konjunkturprogramm

Das geplante Freihandelsabkommen TTIP soll das Wachstum beidseits des Atlantiks ankurbeln. Studien, die dies belegen wollen, prognostizieren allerdings nur sehr spärliche positive Effekte.

Drei Untersuchungen werden häufig herangezogen, um die vermeintlichen Vorteile von TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zu belegen: Eine Studie des Londoner Centre for Economic Policy Research (CEPR) und zwei Arbeiten des Münchener ifo Instituts. IMK-Forscherin Sabine Stephan hat sich deren Modellrechnungen genauer angeschaut. Ihr Fazit: Selbst unter den „außerordentlich optimistischen Annahmen“ der Institute „sind die erwarteten Wachstums- und Beschäftigungseffekte winzig“.



Nichtsdestotrotz

stelle die EU-Kommission TTIP als Mittel gegen die vor allem in Südeuropa grassierende Arbeitslosigkeit dar.

Das CEPR hat für die EU-Kommission ausgerechnet, dass TTIP die Wirtschaftsleistung in Europa und in den USA um weniger als 0,05 Prozentpunkte pro Jahr erhöhen würde.

Über Arbeitsplatzgewinne oder -verluste sagt die CEPR-Studie nichts; das Beschäftigungsniveau ist im verwendeten Modell langfristig konstant. Nach den ifo-Kalkulationen – vorgelegt Anfang 2013 einmal im Auftrag des Wirtschaftsministeriums, einmal im Auftrag der Bertelsmann Stiftung – würde TTIP das deutsche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf preisbereinigt um rund 0,1 Prozentpunkte pro Jahr erhöhen, so IMK-Expertin Stephan. Bemerkenswert sei, dass beide ifo-Studien von identischen Wachstumseffekten berichten, aber zu vollkommen unterschiedlichen Beschäftigungseffekten kommen. Warum das so ist, werde in den Studien nicht erklärt. Für Deutschland ergeben sich aus den ifo-Simulationen einmal knapp 1.700 und einmal rund 12.000 zusätzliche Stellen pro Jahr. Selbst der höhere Wert entspricht aber nur einem zusätzlichen Jobwachstum von 0,03 Prozentpunkten.

Ein anderer wichtiger Faktor kommt laut Stephan bei CEPR und ifo fast nicht vor: Gesamtwirtschaftliche Kosten würden mit dem Argument heruntergespielt, dass es sich um vorübergehende Anpassungskosten handle. Soziale Kosten, die etwa durch wegfallende Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen entstehen, würden gar nicht erst betrachtet. Nach Einschätzung der Expertin könnten diese jedoch beträchtlich sein. Für entsprechende Schäden müssten letztlich die Steuerzahler einstehen – ebenso wie für Schadensersatzzahlungen von Staaten an Unternehmen, die sich aus einem Investor-Staat-Klageverfahren ergeben könnten. ◀

* Quelle: Sabine Stephan: TTIP – Das Märchen vom Wachstums- und Beschäftigungsmotor, WISO direkt, Oktober 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

MITBESTIMMUNG

Gesunde Vertretung

Betriebsräte senken den Krankenstand: In mitbestimmten Firmen fallen Azubis seltener aus.

Abwesenheit während der Ausbildung ist ein Problem: Wer regelmäßig Lehrinhalte verpasst, dürfte es schwer haben, einen erfolgreichen Abschluss zu schaffen. Außerdem fehlen den Betrieben wertvolle Mitarbeiter: Im Schnitt sei jeder Azubi 100 Tage pro Jahr in der Produktion tätig und erwirtschaftete dabei eine Wertschöpfung von mehr als 11.500 Euro, schreibt Harald Pfeifer. Der Forscher vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat untersucht, wie sich betriebliche Mitbestimmung auf die Fehlzeiten von Lehrlingen auswirkt.* Seinen Berechnungen zufolge sinkt die Zahl der Krankmeldungen, wenn es eine Arbeitnehmervertretung gibt.

Dass es einen entsprechenden Zusammenhang geben dürfte, leitet Pfeifer aus arbeitswissenschaftlichen Ergebnissen und rechtlichen Vorgaben ab. Studien hätten gezeigt, dass unvorteilhafte Arbeitsbedingungen den Krankenstand erhöhen. Betriebsräte wiederum hätten die Aufgabe, die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen zu Ausbildungsinhalten,

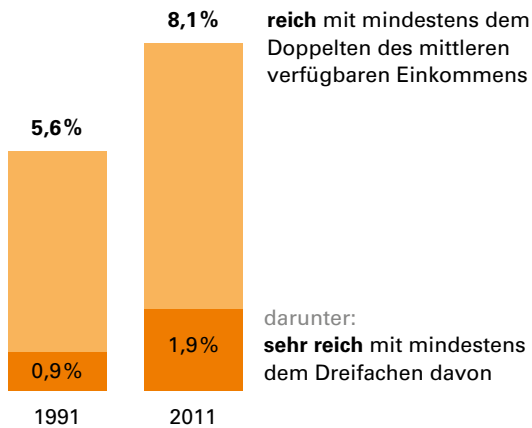
Arbeitssicherheit und Arbeitszeiten von Azubis zu kontrollieren und gegen Missstände vorzugehen. Daher sei davon auszugehen, dass die Qualität der Ausbildungsbedingungen in mitbestimmten Betrieben höher ist. Wenn es trotzdem zu Konflikten mit Vorgesetzten kommt, biete Mitbestimmung den Azubis die Möglichkeit, ihre Unzufriedenheit zu artikulieren, statt innerlich zu kündigen. Auch das sollte zu weniger Fehlzeiten beitragen.

Um diese Annahmen zu überprüfen, hat der Wissenschaftler einen BIBB-Datensatz, der auf einer Befragung von Ausbildungsbetrieben beruht, mit Personendaten der Bundesagentur für Arbeit verknüpft. Die ausgewerteten Informationen beziehen sich auf mehr als 1.250 private Firmen mit mindestens fünf Beschäftigten. Bei seiner Analyse hat Pfeifer zahlreiche Kontrollvariable wie das Alter der Betriebe, die Ausbildungsvergütung oder die Schulabschlüsse und die Erwerbsbiografien der Azubis berücksichtigt. Auch wenn diese Faktoren herausgerechnet werden, wirkt sich betriebliche Mitbestimmung signifikant negativ auf die Abwesenheitsquote während der Lehre aus. Demnach führt die Existenz eines Betriebsrats zu etwa 20 Prozent weniger Fehltagen. ◀

* Quelle: Harald Pfeifer: Absenteeism in Apprenticeships: What Role Do Works Councils Play? Leading House Working Paper No. 98, April 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

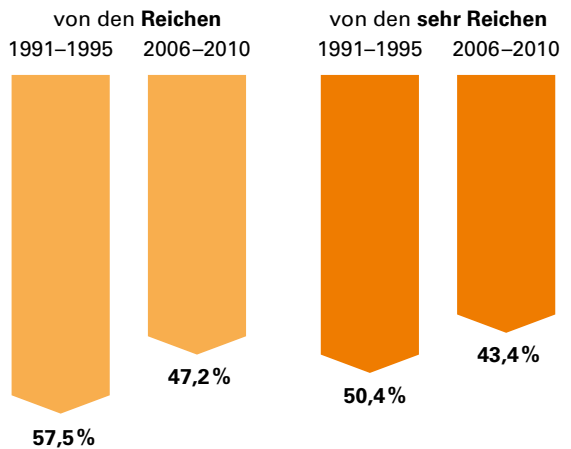
Besserverdiener bauen ihre Stellung aus

Von allen Haushalten in Deutschland waren ...



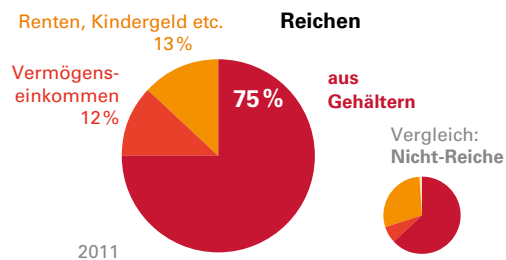
Reichtum verfestigt sich

In eine niedrigere Einkommensgruppe stiegen ab ...

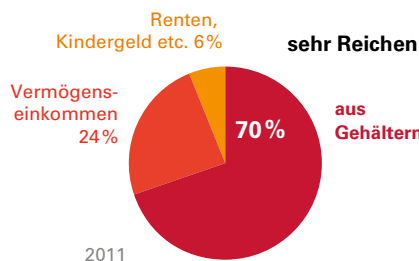
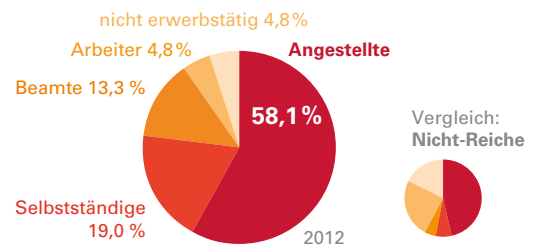


Höhere Einkommen aus Vermögen

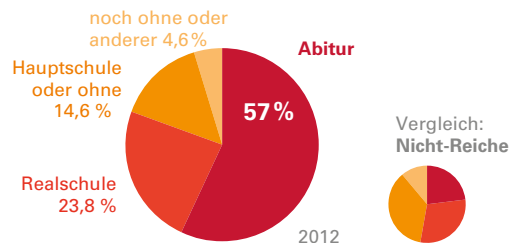
So setzt sich das Einkommen zusammen bei ...



Reiche sind ...



Ihr Schulabschluss ist ...



Quelle: Spannagel 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Arm ist, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens bezieht. Reich ist, wer mindestens das Doppelte des Mittelwerts zum Leben hat. Dies ist die gängige wissenschaftliche Definition. Das Irritierende daran: Gemessen an den Einkommen von Konzernvorständen oder Investmentbankern scheint die Grenze recht niedrig gezogen zu sein. Doch von einer „gehobenen Lebenslage, mit der zahlreiche privilegierte Lebensbedingungen verbunden sind“, lasse sich bereits bei Personen sprechen, die jeden Monat doppelt so viel ausgeben können wie Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, sagt WSI-Forscherin Dorothee Spannagel.* Reich ist

ein Alleinstehender demnach, wenn er – nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben, in Preisen von 2005 – knapp 36.000 Euro im Jahr zur Verfügung hat. Als sehr reich gelten diejenigen, die dreimal so viel wie üblich haben, knapp 54.000 Euro. Anhand des Sozio-oekonomischen Panels, einer groß angelegten jährlichen Haushaltsbefragung, haben Spannagel und Sven Broschinski von der Universität Oldenburg untersucht, wie sich der Reichtum in Deutschland entwickelt hat. Ihr Ergebnis: Der Anteil der Reichen und sehr Reichen an der Bevölkerung ist seit Beginn der 1990er-Jahre deutlich gestiegen. Zudem seien die Reichen nicht nur

mehr, sondern auch reicher geworden. Im Gegensatz zur mittleren und unteren Einkommensschicht verzeichneten sie substanzielle Einkommenszuwächse. Auch die Wirtschafts- und Finanzkrise habe weder die Zahl der Reichen noch deren Einkommenshöhe „nachhaltig verringert“, so die Wissenschaftler. Gleichzeitig habe sich die Einkommensverteilung gerade am oberen Rand „merklich verfestigt“. Das heißt: „Wer einmal reich oder sehr reich ist, muss immer weniger fürchten, in die Mitte der Gesellschaft abzustiegen.“

* Dorothee Spannagel, Sven Broschinski: Reichtum in Deutschland wächst weiter, WSI-Report 17, Sept. 2014 [Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Hartz-Reformen: Wirkung überschätzt

Angewidlich sind die Hartz-Reformen der Grund für die relativ gute Arbeitsmarktentwicklung hierzulande. Dafür fehlen die Belege. Aber auch die Kritiker der Reformen liegen manchmal falsch: Das Wachstum des Niedriglohnsektors und die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen haben schon früher eingesetzt.

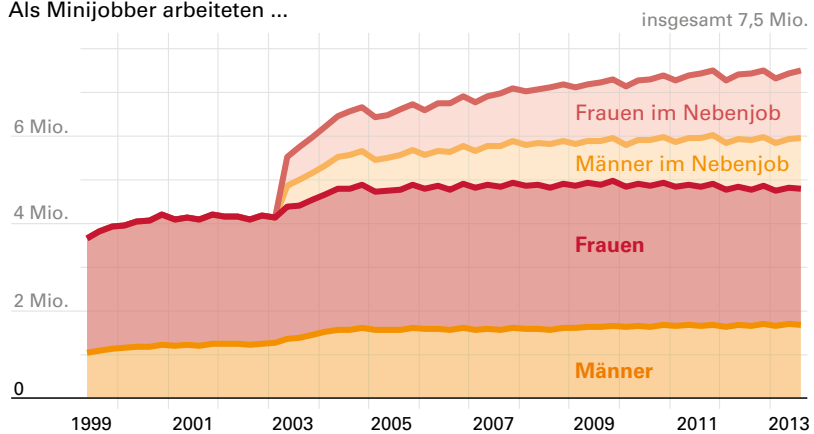
Wie eine Zunahme der Erwerbstätigkeit zustande kommt, ist nicht mit wenigen Worten zu erklären. Wirtschaftswachstum, demografische Veränderungen, Einstellungs- und Kündigungsverhalten der Betriebe, Ruhestandsregelungen, Lohnpolitik, Leistungen der Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeiten und viele andere Faktoren wirken zusammen. Das macht es schwierig, genau zu erkennen, woran Veränderungen der Arbeitslosigkeit tatsächlich liegen. Matthias Knuth, Professor an der Universität Duisburg-Essen und Mitarbeiter am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), hat untersucht, was am deutschen Arbeitsmarkt vor und nach den Hartz-Reformen geschehen ist.*

Weniger Menschen im Erwerbsalter, mehr Teilzeitarbeit, mäßiger Rationalisierungsdruck:

Diese Konstellation besteht schon seit der Jahrtausendwende und sorgt für Rückenwind beim Abbau von Arbeitslosigkeit, erläutert Knuth. Die Arbeit wird auf mehr Personen verteilt – und bei eher geringen Produktivitätszuwächsen fallen dem technischen Fortschritt weniger Stellen zum Opfer als in früheren Zeiten. Das Arbeitsvolumen – die Anzahl jährlich gearbeiteter Stunden – nimmt seit 2003 nicht mehr ab und ist zuletzt sogar wieder auf das Niveau von 1993 gestiegen. Dass sich der Arbeitsmarkt ab 2006 vorteilhaft entwickelt hat, habe jedenfalls mehr mit diesen Faktoren

Nebenjobs im Aufwind

Als Minijobber arbeiteten ...



hätten ja gerade auf die Einrichtung weniger regulierter Beschäftigungsformen gezielt. Lediglich die Umverteilung von Arbeit in kleinere Portionen passt nach Knuths Analyse zur Reformlogik, nämlich zur Förderung von Minijobs.

Die hohe Arbeitslosigkeit um die Jahrtausendwende, für die viele Ökonomen seinerzeit die „Reformunfähigkeit“ Deutschlands verantwortlich machten, bleibt natürlich trotzdem erklärungsbedürftig. Knuth fand wesentliche Anhaltspunkte in Statistiken, die Übergänge von Erwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit und umgekehrt abbilden. Daraus lässt sich

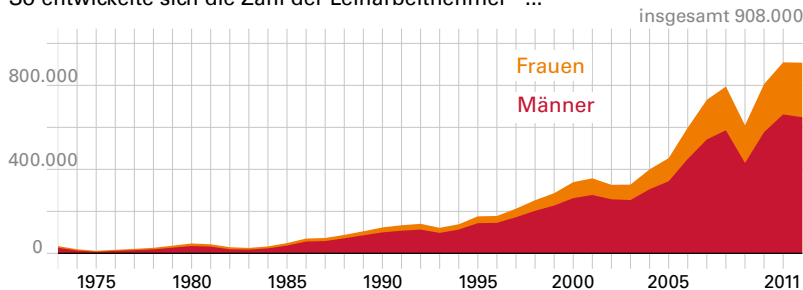
ablesen, dass sich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit damals weitgehend entkoppelt hatten: Beschäftigte verloren ihren Job, ohne einen anderen zu finden. Und neu entstandene Arbeitsplätze wurden häufig aus der so genannten Stillen Reserve besetzt, also von Personen, die nicht arbeitslos gemeldet waren. So blieb die Arbeitslosenquote selbst in den wirtschaftlich besseren Jahren über zehn Prozent.

Erst in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts veränderte sich dieses Muster, hat der Forscher beobachtet. 2006 seien im konjunkturellen Aufschwung wieder mehr Arbeitslose „in den Beschäftigungsanstieg mitgenommen“ worden.

Ist dies ein Effekt der Reformen? Knuth ist skeptisch. Denn eine Statistik zum Einstellungsverhalten der Unternehmen zeigt, dass der Anteil der zuvor Arbeitslosen an den Neueingestellten nach den Hartz-Reformen unverändert blieb. Damit scheint das Fordern und Fördern eher ins Leere gelaufen zu sein. Die Arbeitslosigkeit ging lediglich zurück, weil die

900.000 werden verliehen

So entwickelte sich die Zahl der Leiharbeiter* ...



zu tun als mit den Hartz-Reformen, so Knuth. Zumal die angestrebte verbesserte Förderung und Vermittlung wegen diverser Schwierigkeiten bei der Umsetzung 2006 noch gar nicht hätten wirken können, wie der Forscher betont. Auch dass die Zunahme der Erwerbstätigkeit „zu einem Gutteil aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung“ bestand, sei nicht mit den Arbeitsmarktreformen zu erklären. Diese

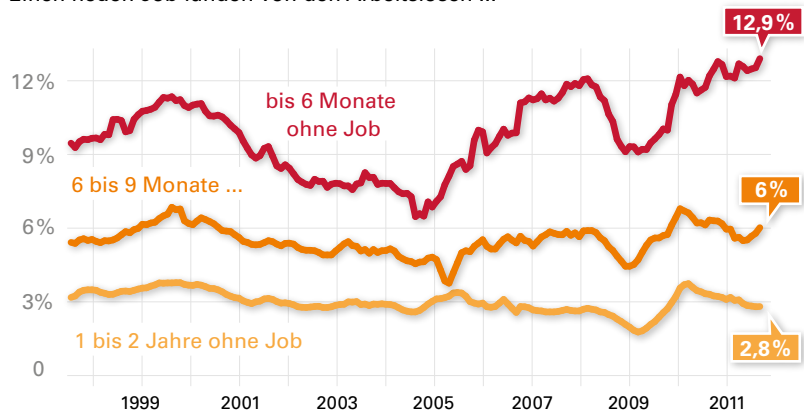
Nachfrage nach Arbeitskräften insgesamt zunahm und die Zahl der Entlassungen zurückging.

Dass die Arbeitslosigkeit kurz nach den Reformen recht stark sank, hat auch damit zu tun, dass gerade die An-kündigung der Reformen die Quote zu-nächst in die Höhe trieb. Viele Betriebe nutzten 2004 nämlich die letzte Chan-ce, ältere Beschäftigte ohne übermäßi-ge finanzielle Einbußen für die Betrof-fenen mit einer Zwischenstation in der Arbeitslosigkeit in die Rente zu lotsen.

Eine schnellere Arbeitsvermittlung zählte zu den wesentlichen Zielen der Reformen. Allerdings ist nach Knuths Auswertungen fraglich, ob hier von einem Erfolg die Rede sein kann. Ledig-lich Menschen, die seit weniger als sechs Monaten ohne Job sind, finden seither schneller einen neuen Arbeitsplatz. Bei allen anderen hat sich kaum etwas verändert. Bei denen, die schon ein bis zwei Jah-re zu Hause sitzen, beträgt die „monatliche Abgangsrate in Erwerbstätigkeit“ nach wie vor nicht einmal drei Prozent.

Langzeitarbeitslose: Hartz hilft nicht

Einen neuen Job fanden von den Arbeitslosen ...



monatliche Abgangsrate; Quelle: Jaenichen/Rothe 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Flexibler sollte der Arbeitsmarkt durch die Hartz-Refor-men werden. Und Bewegung im Arbeitsmarkt ist durchaus von Vorteil, wie der Wissenschaftler erläutert: Wenn Beschäf-tigte vermehrt den Job wechseln, weil ein anderer Arbeitge-ber bessere Konditionen bietet, können Arbeitslose auf die frei gewordenen Plätze nachrücken. Der deutsche Arbeitsmarkt sei nach den Hartz-Reformen allerdings „träger als zuvor“. Dies dürfte vor allem an den seit Jahren rückläufigen Ein-stiegslöhnen liegen, mutmaßt Knuth. Zudem ist die Risiko-bereitschaft der Beschäftigten offenbar gerade wegen der verschärften Bedingungen für Arbeitslose gesunken.

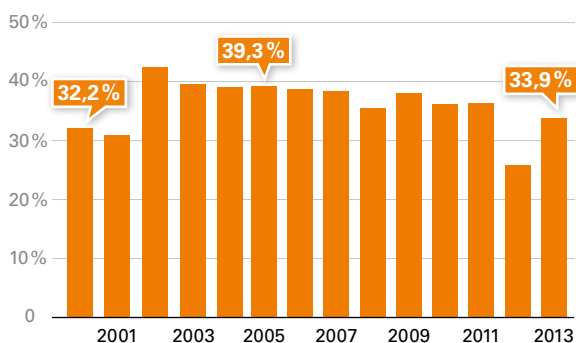
Die Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung wird häufig ausschließlich den Hartz-Reformen angekreidet, schließlich war es ein wichtiges Ziel, dass Arbeitslose auch unattraktive Jobs annehmen. Allerdings ist hier kein plötzlicher Sprung in den Statistiken zu sehen. Real stagnierende Durchschnitts-löhne – nicht zuletzt infolge schwindender Tarifbindung –, immer mehr Billigjobs: All dies begann nicht erst mit den Hartz-Reformen, sondern schon in den späten 1990er-Jah-ren. Auch so genannte Aufstocker, die trotz Arbeit auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind, gab es schon vorher; sie waren nur statistisch weniger sichtbar, weil sie verschie-dene Arten von Sozialleistungen bekamen.

Vor allem zwei Entwicklungen am Arbeitsmarkt sind laut Knuth jedoch eindeutig der Deregulierung im Zuge der Hartz-Reformen zuzurechnen: die „Wachstumsschübe bei Leiharbeit und Minijobs“.

Als Vorbild für Europa taugen die Hartz-Reformen jeden-falls nicht, resümiert der Forscher. Schließlich sei es bisher niemandem gelungen, einen plausiblen Zusammenhang zwi-schen den Reformen und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit herzustellen. Zudem gebe es keinen Grund, mit der aktuellen Situation zufrieden zu sein: Als die Arbeitslosenquote 1982 zum ersten Mal das heutige Niveau erreichte, habe man nicht von wirtschaftspolitischen Erfolgen gesprochen, sondern von Massenarbeitslosigkeit. „Wirklich gut“, so Knuth, „sieht Deutschland nur im EU-Vergleich aus“.

Unveränderte Personalpolitik

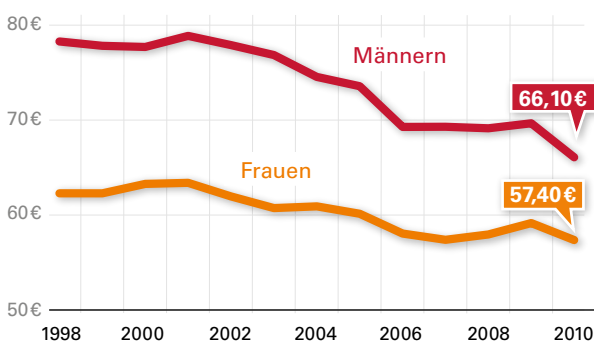
Von allen neu Eingestellten waren zuvor arbeitslos ...



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Einstiegslöhne sinken

So entwickelten sich die mittleren Tageslöhne* von neu eingestellten regulär vollzeitbeschäftigten ...



* in Preisen von 2005; Quelle: Jaenichen/Rothe 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

* Quelle: Matthias Knuth: Rosige Zeiten am Arbeitsmarkt?

Strukturen und „Beschäftigungswunder“, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Diskurs, Juli 2014

[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Mit 65 ist noch lange nicht Schluss

Die Zahl der erwerbstätigen Rentner steigt mit zweistelligen Zuwachsraten. Neben dem Geld spielen auch andere Motive eine Rolle.

In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich die Beschäftigungsquote der 65-Jährigen und Älteren nahezu verdoppelt, wie eine Analyse des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen zeigt.* So hatten 2011 etwa 763.000 Über-64-Jährige einen Job – 13 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Ein Drittel von ihnen bestreitet den Lebensunterhalt vorwiegend mit der Erwerbstätigkeit, für die anderen ist ihre Rente die Haupteinnahmequelle.

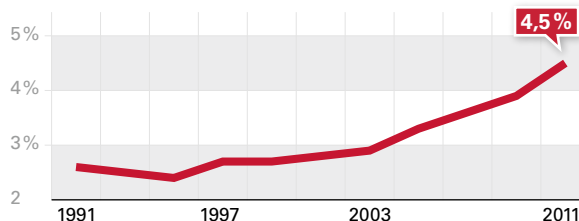
Die Zahlen ergeben sich aus dem Mikrozensus, einer groß angelegten Haushaltsbefragung, die IAQ-Forscherin Jutta Schmitz ausgewertet hat. In ihrer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie hat sie die Gruppe derer untersucht, die jenseits der Regelaltersgrenze von 65 Jahren noch erwerbstätig sind, immerhin 4,5 Prozent der Älteren. Diese Erwerbstätigen im Rentenalter sind überdurchschnittlich oft selbstständig und arbeiten überwiegend in Teilzeit. Gut 80 Prozent von ihnen sind im Dienstleistungsbereich tätig. Auch sind die meisten gut qualifiziert. So ist der Anteil der Promovierten mit fast 5 Prozent beinahe viermal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Allerdings haben auch 15 Prozent der älteren Erwerbstätigen gar keine Ausbildung. Die Pole des Ausbildungsniveaus sind also deutlich ausgeprägter als bei den Erwerbstätigen unter 65 Jahren, so Schmitz.

Die Wissenschaftlerin folgert aus ihren Beobachtungen, dass die Motive, auch im Rentenalter weiterzuarbeiten, durchaus unterschiedlich sind. Aktuell seien für einen Teil vor allem der sinnstiftende Aspekt der Arbeit und die Einbindung in soziale Netzwerke ausschlaggebend. Eine andere Gruppe stehe dazu aber in starkem Kontrast: Sie sei gezwungen, im Alter zu arbeiten. Dieses Phänomen müsse „auch als unzureichende Leistungsfähigkeit der Alterssicherung bewertet werden“, so Schmitz.

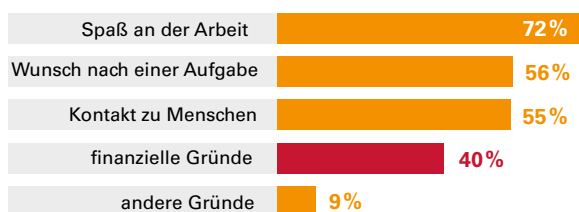
Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine andere, ebenfalls von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Analyse:* Die Sozialwissenschaftler Heribert Engstler und Laura Romeu

Ältere arbeiten weiter

Von den Über-64-Jährigen gingen einer Beschäftigung nach ...



Als Gründe für ihre Erwerbstätigkeit geben sie an ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2013; Deutscher Alterssurvey | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Gordo vom Deutschen Zentrum für Altersfragen haben dafür Daten des Deutschen Alterssurveys ausgewertet. Dabei werden Ältere alle drei bis sechs Jahre erneut befragt, unter anderem zu ihrer Erwerbstätigkeit. Auch diese Untersuchung bestätigt den Trend: Immer mehr Bezieher einer Altersrente oder Pension sind trotz Ruhestand erwerbstätig, allerdings nur selten in Vollzeit.

Die Motivation sei aber nicht in erster Linie materieller Natur, so die Wissenschaftler. Über zwei Drittel der Befragten gaben „Spaß an der Arbeit“ als Grund für ihre fortgesetzte Erwerbstätigkeit an. Etwas mehr als die Hälfte nennt als Motiv sowohl den „Wunsch nach einer Aufgabe“ als auch den „Kontakt zu Menschen“. Bei etwa 40 Prozent der berufstätigen Rentner spielen auch „finanzielle Gründe“ eine Rolle. Es gebe also „keine monokausale Erklärung für das Weiterarbeiten im Ruhestand“, schreiben die Wissenschaftler. ◀

* Quelle: Jutta Schmitz: Erwerbstätigkeit trotz Rente? und Heribert Engstler, Laura Romeu Gordo: Arbeiten im Ruhestand, in: Ernst Kistler, Falko Trischler (Hrsg.): Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Alterssicherung, Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2014
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Was Deutschland für die Krise zahlt

Die Politik zur Stabilisierung der Währungsunion erscheint vielen Zeitgenossen fast so bedrohlich wie die Eurokrise selbst: Ist Deutschland der Zahlmeister Europas? Der Berliner Wirtschaftsprofessor Sebastian Dullien hat sich mit dieser populären These auseinandergesetzt – und gibt Entwarnung. Zwar kursieren im Zusammenhang mit dem Euro-Rettungsschirm riesige

Zahlen; das Münchener ifo Institut beziffert mögliche deutsche Verluste etwa auf 600 Milliarden Euro. Allerdings liegt dem ein unrealistisches Extremszenario zugrunde, schreibt Dullien: Dazu müsste nicht nur der Euroraum auseinanderbrechen. Die Gläubiger Deutschlands dürften zudem keinen geliehenen Cent zurückzahlen. Tatsächlich, so der Ökonom, seien durch

Hilfskredite an Portugal, Irland oder Spanien bisher überhaupt keine Kosten für deutsche Steuerzahler entstanden. Der griechische Schulden-schnitt schlug lediglich mit rund 10 Milliarden Euro zu Buche. Dieser Negativposten fand im Übrigen erst auf einem Umweg in den Staatshaushalt: über die abgewerteten Anleihebestände der verstaatlichten Pleite-Bank Hypo Real Estate. Die eigentlichen

Hilfskredite waren dagegen vom Schuldenschnitt ausgenommen. Insgesamt veranschlagt Dullien die Kosten der Euro-Rettung auf rund 15 Milliarden Euro. Angesichts der wirtschaftlichen Vorteile der Währungsunion – 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in den Euroraum – sei dies kein hoher Preis.

Sebastian Dullien: Deutschland ist der Zahlmeister Europas, in: Die 10 Mythen der Eurokrise, Hrsg.: Henning Meyer, Andrew Watt, September 2014

Link zum Buch: boecklerimpuls.de

Der Vorsprung ist dahin

Sichere Stellen, gute Bezahlung, geringe Lohnspreizung, starke Mitbestimmung: Der Staat ging lange als gutes Beispiel voran. Doch die Zeiten sind vorbei.

Wissenschaftler stellen mit Blick auf die öffentlichen Arbeitgeber heute die „Erosion einer sozialstaatlichen Vorbildrolle“ fest. Haushaltsprobleme, Dezentralisierung der Lohnverhandlungen und ein neues, wettbewerbsorientiertes Selbstverständnis hätten den Staat inzwischen eher zum „Nachahmer“ der Privatwirtschaft gemacht, schreiben Kendra Briken, Karin Gottschall, Sylvia Hills und Bernhard Kittel.* An der Universität Bremen untersuchen die Forscher den „Wandel des Staates als Arbeitgeber“.

Bis in die 1980er-Jahre zeichnete sich der öffentliche Dienst durch eine besonders erfolgreiche Interessenvertretung der Arbeitnehmer aus, so die Analyse. Durch den Zuwachs an Angestellten und Arbeitern seit den 1960er-Jahren habe ein „sozialpartnerschaftlicher Aushandlungsmodus“ die traditionellen beamtenrechtlichen Strukturen ohne Streikrecht und mit geringen Beteiligungsmöglichkeiten überlagert. Die Solidarität zwischen Beschäftigten mit unterschiedlichem Status kam etwa in Stellvertreterstreiks zum Ausdruck: Arbeiter und Angestellte von Bahn, Post oder Müllabfuhr holten letztlich Verbesserungen bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen für alle öffentlich Beschäftigten heraus. Nach einer harten, aber ertragreichen Auseinandersetzung im Jahr 1974 erhielt mit dem so genannten Schlichtungsabkommen schließlich ein „kooperativ-konsensualer“ Verhandlungsstil Einzug, der zwei relativ streikarme Jahrzehnte einläutete.

Zudem kam es im „goldenen Zeitalter“ des Wohlfahrtsstaats zu einer Zentralisierung der Kollektivverhandlungen. **Bund, Länder und Kommunen gingen seit den 1960er-Jahren gemeinsam in die Lohnauseinandersetzungen.** Die Regelung der Beamtenbesoldung wurde zu großen Teilen auf der Bundesebene zentralisiert, das Innenministerium trat nun stellvertretend für andere Ebenen des Staates als Tarifpartner auf. Damit, so die Wissenschaftler, „reduzierten sich die Handlungsarenen erheblich und erleichterten den Sozialpartnern die Koordination und Vereinheitlichung der Beschäftigungsregulierung“. Die Bedingungen näherten sich immer weiter an: Tarifergebnisse aus dem Angestelltenbereich wurden „quasi automatisch“ auf die Beamten übertragen.

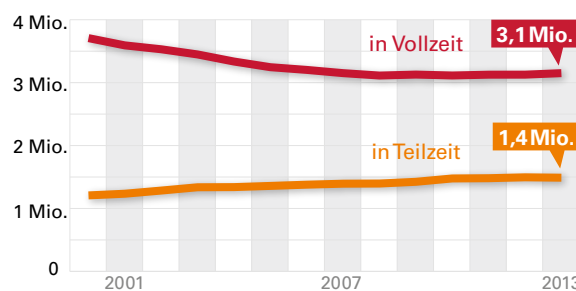
So „wurden Unterschiede zwischen den Statusgruppen nivelliert“, was gerade Mittel- und Niedrigqualifizierten zugutekam. Sie profitierten von – im Vergleich zur Privatwirtschaft – sicheren und gut bezahlten Stellen. Auch Beamten hat die Angleichung der Arbeitsbedingungen genützt, stellen Briken, Gottschall, Hills und Kittel fest. Die Übernahme von Teilzeit- und Überstundenregelungen aus dem Angestelltenbereich habe die Arbeitgeber zu Abstrichen bei den „beamten-spezifischen Vollverfügbarkeitsansprüchen“ gezwungen.

Um 1990 begann sich die Situation jedoch zu verändern, wie die Forscher feststellen. Personalabbau im Zuge der Privatisierung von Bahn, Post und Teilen des Energiesektors sowie die Abwicklung der DDR-Verwaltung setzten einen gegenläufigen Prozess in Gang. Unter dem Banner der Kostensenkung und Verwaltungsmodernisierung – „New Public Management“ – kam es nun wieder zur Dezentralisierung.

Die öffentlichen Arbeitgeber verabschiedeten sich nach und nach aus gemeinsamen Verhandlungen für alle Beschäftigten. In der Beamtenbesoldung wurden Leistungszulagen eingeführt – und im Gegenzug meist die Grundgehälter gesenkt. Die Länder erhielten neue Spielräume für eigene Regelungen, zum Beispiel die Möglichkeit, das Weihnachtsgeld zu kürzen. Heute „weisen bei den 17 Dienstherren“ – 16 Länder und der Bund – „nicht nur die Arbeitszeiten der Beamtinnen und Beamten, sondern auch die Besoldungssysteme eine erhebliche Varianz auf“, so die Forscher. Viele Länder nutzten die neue Handlungsfreiheit unter anderem, um die gewohnte Übertragung von Verhandlungsergebnissen aus dem Angestelltenbereich auf die Beamten zu stoppen. Stattdessen drehten sie den Spieß um: Die Angestellten sollten die zuvor verlängerten Arbeitszeiten der Beamten übernehmen.

Weniger Staatsbedienstete

Im öffentlichen Dienst beschäftigt waren ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Für Angestellte und Arbeiter des Bundes und der Länder gelten nun unterschiedliche Tarifverträge, zum Teil mit Leistungsentgelten. Neben eine drastische Zunahme der Teilzeitarbeit tritt eine Ausweitung von „befristeter Beschäftigung, Leiharbeit, Minijobs und sogar Ein-Euro-Jobs“. Dazu kommt eine neue Niedriglohngruppe, deren Vergütung um etwa 19 Prozent unter früheren Regelungen liegt. Mit weniger als einem Prozent der öffentlich Beschäftigten fällt sie bislang zwar kaum ins Gewicht, die Wissenschaftler betonen aber, dass inzwischen 13 Prozent der Neueinstellungen auf kommunaler Ebene auf diese Gruppe entfallen.

Die „partielle Aufkündigung von Konsensorientierung und Koordination als Resultat wachsender Wettbewerbsorientierung“ erhöhe das Konfliktpotenzial, haben die Forscher beobachtet. Dies sei an der Zunahme von Arbeitskämpfen abzulesen – die allerdings nicht mehr stellvertretend für alle Staatsdiener geführt werden. ◀

* Quelle: Kendra Briken, Karin Gottschall, Sylvia Hills, Bernhard Kittel: Wandel von Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst in Deutschland – zur Erosion einer sozialstaatlichen Vorbildrolle, in: Zeitschrift für Sozialreform 2/2014
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Dr. Kai Kühne, Katja Wolf;
 E-Mail: redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon: 02 11 / 77 78-286, Fax: 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56,
 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle) sowie weitere Informationen unter boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Mehr Jobs in der Immobilienbranche

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten veränderte sich gegenüber dem Vorjahr im Bereich ...

Immobilien, wissensch. und techn. Dienstleistungen	87.000
Heime und Sozialwesen	70.000
Energie, Wasser, Abfall, Bergbau	-6000
Finanzen, Versicherungen	-9000

Stand: Juni 2014
 Bundesagentur für Arbeit, August 2014

DEMOKRATIE

Regulierung erwünscht

„Der Staat sollte im Internet Regeln vorgeben und die Einhaltung kontrollieren.“

Rest: unentschieden
 Allensbach, Dezember 2013

GENDER

Viele Managerinnen im Norden

Der Frauenanteil in Verwaltungs- bzw. Aufsichtsräten der größten börsennotierten Unternehmen beträgt in ...

Island	46 %
Norwegen	40 %
Deutschland	22 %
Malta	3 %

Europäische Kommission, 2014

GESUNDHEIT

Höher gebildet, weniger krank

Der Krankenstand betrug 2013 bei Versicherten ...

ohne Ausbildung	5,9 %
mit Berufsausbildung	5,2 %
mit Diplom oder Master	2,5 %
mit Promotion	1,9 %

AOK, August 2014

EINKOMMEN

Mehrarbeit ohne mehr Bezahlung

Vollzeitbeschäftigte machen im Schnitt pro Monat ...

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, September 2014

ARBEITSWELT

Bauen geht in die Knochen

Aus gesundheitlichen Gründen gehen vorzeitig in Rente von den Beschäftigten im ...

Innenausbau	43 %
Hoch- und Tiefbau	42 %
Friseurgewerbe, Altenpflege	41 %

Statistisches Bundesamt, Februar 2014

MITBESTIMMUNG

Gut vertreten in der Energiewirtschaft

Einen Betriebsrat haben von allen Beschäftigten im Bereich ...

Energie, Wasser, Abfall und Bergbau	83 %
Finanzen und Versicherungen	70 %
Gastgewerbe und sonstige Dienstleistungen	14 %

westdeutsche Privatbetriebe ab 5 Beschäftigten
 IAB-Betriebspanel 2013

OST-WEST

Weiter Nachholbedarf

Das mittlere Monatsentgelt* lag 2012 bei ...

* Median-Bruttolohn Vollzeitbeschäftigter
 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, September 2014

► **ARBEITSMARKT:** Einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 50.000 Personen prognostiziert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für das laufende Jahr. Im Jahresdurchschnitt wären danach 2,9 Millionen Deutsche ohne Job. Auch 2015 werde die Arbeitslosenzahl leicht sinken, auf dann 2,88 Millionen. Bei der Erwerbstätigkeit geht das IAB für 2014 von einem

Plus von 340.000 aus. 2015 soll die Gruppe der Erwerbstätigen um weitere 270.000 wachsen.
 IAB, September 2014

► **FINANZMARKT:** Viele europäische Banken haben nach wie vor zu wenig Eigenkapital. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Gemessen an

den Eigenkapitalquoten habe sich die Situation zwar verbessert. Der absolute Betrag sei aber gesunken. Dass sich die Quote verbessert habe, liege allein daran, dass die Banken ihre Bilanzsummen noch schneller haben schrumpfen lassen als das Eigenkapital. Selbst ein relativ moderater Kurseinbruch an den Finanzmärkten von zehn Prozent würde laut ZEW zu einer Ka-

pitallücke von 154 Milliarden Euro führen.
 ZEW, September 2014

► **KORREKTUR:** Der Anteil der atypischen an allen Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland betrug im vergangenen Jahr 43,3 Prozent – nicht 45,3 Prozent, wie unter der Überschrift „Atypisch ist fast normal“ in der Printausgabe 14/2014 zu lesen war.